

Stand: 06.06.2026 05:30:06

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/18864

"Erfolgreiche Geiselnbefreiung im Landratsamt Pfaffenhofen: Bericht zu den Einsatzmöglichkeiten und der geplanten Ausweitung des Taser-Einsatzes bei der Bayerischen Polizei"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/18864 vom 08.11.2017
2. Beschluss des Plenums 17/18949 vom 09.11.2017
3. Plenarprotokoll Nr. 115 vom 09.11.2017



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Josef Zellmeier, Dr. Florian Herrmann, Norbert Dünkel, Alexander Flierl, Max Gibis, Manfred Ländner, Otto Lederer, Ludwig Freiherr von Lerchenfeld, Andreas Lorenz, Dr. Hans Reichhart, Peter Tomaschko** und **Fraktion (CSU)**

**Erfolgreiche Geiselnbefreiung im Landratsamt Pfaffenhofen:
Bericht zu den Einsatzmöglichkeiten und der geplanten Auswei-
tung des Taser-Einsatzes bei der Bayerischen Polizei**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag dankt den Polizeikräften, die durch ihren umsichtigen und konsequenten Einsatz die Geiselnahme im Landratsamt Pfaffenhofen am 06.11.2017 erfolgreich beendet haben.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag über die Einsatzmöglichkeiten und die geplante Ausweitung des Taser-Einsatzes bei der Bayerischen Polizei zu berichten.

Begründung:

Die Geiselnahme am 06.11.2017 im Landratsamt Pfaffenhofen konnte dank des Großeinsatzes an Einsatzkräften und des Einsatzes eines Distanz-Elektroimpulsgerätes unblutig beendet werden. Dies zeigt, dass der Einsatz von Tasern in bestimmten Situationen eine sinnvolle Ergänzung der bereits vorhandenen Einsatzmittel der Polizei sein kann. Die Staatsregierung sollte daher über die Einsatzmöglichkeiten und die geplante Ausweitung des Taser-Einsatzes berichten.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Josef Zellmeier, Dr. Florian Herrmann, Norbert Dünkel, Alexander Flierl, Max Gibis, Manfred Ländner, Otto Lederer, Ludwig Freiherr von Lerchenfeld, Andreas Lorenz, Dr. Hans Reichhart, Peter Tomaschko** und **Fraktion (CSU)**

Drs. 17/18864

Erfolgreiche Geiselnbefreiung im Landratsamt Pfaffenhofen: Bericht zu den Einsatzmöglichkeiten und der geplanten Ausweitung des Taser-Einsatzes bei der Bayerischen Polizei

Der Landtag dankt den Polizeikräften, die durch ihren umsichtigen und konsequenten Einsatz die Geiselnahme im Landratsamt Pfaffenhofen am 06.11.2017 erfolgreich beendet haben.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag über die Einsatzmöglichkeiten und die geplante Ausweitung des Taser-Einsatzes bei der Bayerischen Polizei zu berichten.

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Abg. Manfred Ländner

Abg. Prof. Dr. Peter Paul Gantzer

Abg. Eva Gottstein

Abg. Katharina Schulze

Staatssekretär Gerhard Eck

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich rufe nun auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Josef Zellmeier, Dr. Florian Herrmann u. a. und Fraktion (CSU)

Erfolgreiche Geiselbefreiung im Landratsamt Pfaffenhofen: Bericht zu den Einsatzmöglichkeiten und der geplanten Ausweitung des Taser-Einsatzes bei der Bayerischen Polizei (Drs. 17/18864)

Ich eröffne die Aussprache. – Der erste Redner ist der Kollege Ländner.

Manfred Ländner (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Uns allen sind die Bilder und Meldungen der Geiselnahme in Pfaffenhofen noch präsent. Unser Mitgefühl gilt dem Geiselopfer. Diese Frau musste schreckliche Stunden erleben. Dank den Einsatzkräften konnte der Einsatz umsichtig und zum Wohle der Geisel beendet werden. Wie im Antrag ausgedrückt, ist es richtig und geboten, den Einsatzkräften der bayerischen Polizei unseren Dank auszusprechen.

Dieser Einsatz hat den Blick auf ein Einsatzmittel der bayerischen Polizei gelenkt, nämlich auf das Distanz-Elektroimpulsgerät. Gestatten Sie mir, dass ich das Wort "Taser" verwende; denn so wird das Distanz-Elektroimpulsgerät nämlich auch genannt. Der Einsatz des Distanz-Elektroimpulsgerätes, welches beim Sondereinsatzkommando verwendet wird, soll in einem Pilotversuch ab dem Jahr 2018 ausgeweitet werden. Der Einsatz des Geräts soll auf Unterstützungskräfte der Bayerischen Bereitschaftspolizei – USK – und auf einzelne Einsätze ausgeweitet werden.

Vor dem Hintergrund des Ereignisses in Pfaffenhofen müssen wir feststellen, dass Gewalt in unserer Gesellschaft zunimmt. Gewaltsituationen werden im Auftrag des Staates durch Beamtinnen und Beamten der bayerischen Polizei nach rechtsstaatlichen Grundsätzen entschärft. Die Bürgerinnen und die Bürger verlangen mit Recht, dass die Polizei Gewaltsituationen löst, und die Polizei erwartet mit Recht, dass der Staat die notwendigen Hilfsmittel zur Verfügung stellt. Um Gewaltsituationen zu entschärfen, ist

oftmals der viel zitierte unmittelbare Zwang notwendig. Hilfsmittel des unmittelbaren Zwanges sind neben dem körperlichen Einsatz des Beamten und der Beamtin auch der Einsatzstock und das Pfefferspray. Der Diensthund ist ebenfalls ein Mittel des unmittelbaren Zwangs. Zu diesen Einsatzmitteln aus dem letzten Jahrtausend kommt nun neues technisches Gerät, nämlich der Taser.

Wir haben schon in der letzten Legislaturperiode des Landtags über das Elektroimpulsgerät diskutiert. Wir wissen auch um die Gefahren, die damit verbunden sind. Aufgrund dieses Wissens und wegen der Ausbildung, die vor dem Einsatz dieses Gerätes erforderlich ist, haben wir dieses Gerät für das Sondereinsatzkommando zugelassen. Die Erweiterung, die jetzt geplant ist, erscheint sinnvoll. Sinnvoll ist allerdings auch, dass der Bayerische Landtag die Erweiterung des Einsatzes der Taser für das USK parlamentarisch begleitet. Diese parlamentarische Begleitung durch einen Bericht ist das Begehren des heutigen Dringlichkeitsantrags. Ich würde mich freuen, wenn Sie diesem Antrag zustimmen würden.

Sehr geehrte Damen und Herren, gestatten Sie mir, am Schluss meiner Ausführungen noch einen Gedanken zu bringen: Der Taser ist für mich ein notwendiger Lückenschluss zwischen Hilfsmitteln wie dem Pfefferspray und dem Einsatzstock einerseits und dem Schusswaffengebrauch andererseits. Bei einem polizeilichen Einsatz ist der Schusswaffengebrauch zu Recht das letzte Mittel. Er ist zu Recht sehr streng reglementiert. Für polizeiliche Einsatzkräfte ist es eine Hilfe, wenn sie nicht zur Schusswaffe greifen müssen. Bei vielen Beamtinnen und Beamten, die zur Schusswaffe greifen mussten, sind Traumatisierungen aufgetreten. Hier geht es um eine sehr schwere Entscheidung. Für die Bediensteten ist es sehr schwer, mit einem solchen Einsatz umzugehen.

Wir haben hier ein anderes Einsatzmittel zur Verfügung, mit dem der Schusswaffengebrauch verhindert werden kann. Wir sollten dieses Einsatzmittel prüfen und für den Einsatz freigeben. Ich bedanke mich beim Herrn Innenminister für seine Initiative, den Einsatz des Distanz-Elektroimpulsgeräts für weitere Einsatzkräfte im Rahmen eines

Pilotversuchs zu erproben. Ich bitte Sie um Zustimmung zu diesem Antrag, der eine enge politische Begleitung durch dieses Hohe Haus vorsieht.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Der nächste Redner ist Herr Kollege Prof. Dr. Gantzer.

Prof. Dr. Peter Paul Gantzer (SPD): Frau Präsidentin, Kollegen und Kolleginnen! Lieber Herr Ländner, Ihrem Antrag kann ich nur zustimmen. Der erste Satz lautet: Der Landtag dankt den Polizeikräften angesichts des Erfolgs beim letzten Einsatz. – Für mich stellt sich die Frage: Warum danken Sie nicht auch der Polizei in München, die im letzten Monat einen Messerstecher sehr kompetent festgesetzt hat? Auch dafür müssten wir unserer Polizei Dank aussprechen.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben eine der besten Polizeien, jedenfalls in Deutschland, wenn nicht gar in Europa. Wir schließen uns uneingeschränkt dem Lob an und sagen: Unsere Polizei macht eine gute Arbeit. Damit ist der erste Satz des Dringlichkeitsantrags schon erledigt.

Mit dem zweiten Satz wird die Staatsregierung aufgefordert, über den Taser-Einsatz zu berichten. Ich habe festgestellt, dass der Innenminister genau an diesem Tag eine Pressekonferenz abgehalten hat. Damals hat er schon darüber berichtet, dass die Einsatzmöglichkeiten des Tasers ausgeweitet werden sollen. Und, Herr Ländner, außerdem haben Sie, wenn ich Sie richtig verstanden habe, das Ergebnis bereits vorweggenommen. Wir wollen doch einen Bericht bekommen und darüber diskutieren. Wir wollen prüfen, wie weit wir die Einsatzmöglichkeiten ausdehnen sollten und wie viele Polizeibeamtinnen und -beamten berechtigt sein sollten, künftig die Taser-Pistole zu benutzen. Das ist noch nicht ausdiskutiert. Sie haben das Ergebnis bereits vorweggenommen. Herr Ländner, das ist nicht der Sinn eines Berichtsantrags. Wir wollen erst

einmal darüber aufgeklärt werden, was eine Ausweitung der Einsatzmöglichkeiten bedeuten würde.

(Beifall bei der SPD)

Die CSU-Fraktion hat einen Dringlichkeitsantrag mit zwei Sätzen eingereicht, also eigentlich einen sehr dünnen. Im Prinzip hätte die CSU-Fraktion drei Dringlichkeitsanträge einreichen können. Ich frage Sie: Ist der CSU nichts mehr eingefallen? Haben Sie überhaupt keine Ideen mehr? Ist das der kleinste machbare Nenner in Ihrer Fraktion, einen solchen Dringlichkeitsantrag dem Parlament und dem Plenum vorzulegen? Ich hätte erwartet, dass Sie drei Dringlichkeitsanträge vorlegen und Herrn Ministerpräsident Seehofer in Berlin unterstützen. Heute wurde viel über die Umwelt und andere Themen diskutiert. Ich will sie hier gar nicht alle nennen. Ich hätte erwartet, dass Sie heute Anträge stellen, um Ihren Ministerpräsidenten zu unterstützen.

(Ingrid Heckner (CSU): Wollen Sie bei uns Mitglied werden?)

Ich habe gelesen, dass sich Staatssekretäre, Landräte und Landtagsabgeordnete gegen den Ministerpräsidenten aussprechen. Die Junge Union tut dies in ganz besonderer Weise. Bei Ihnen scheinen momentan die Sachprobleme keine große Rolle mehr zu spielen. Ich habe den Eindruck, dass Sie gerade versuchen, nach Möglichkeit den Frieden zu wahren. Deshalb haben Sie Anträge wie diesen eingereicht. Als langjähriger Parlamentarier sehe ich darin keinen Sinn. Wir werden diesem Antrag zustimmen, weil man ihm nur zustimmen kann. Ich verstehe ihn aber nicht.

(Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Die nächste Rednerin ist Frau Kollegin Gottstein. Sind Sie bereit?

Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Sehr verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Dieser Dringlichkeitsantrag gibt uns zunächst die Gelegenheit, uns zu bedanken. Das ist sehr schön, da an dieser Stelle

häufig kein Dank ausgesprochen wird, obwohl er unterschwellig oft ausgedrückt wird. Ich bedanke mich für die FREIEN WÄHLER bei den Polizeieinsatzkräften für diesen Einsatz.

Ich kann Herrn Kollegen Prof. Dr. Gantzer nur recht geben: Wir bedanken uns auch für die Einsätze, die nicht so spektakulär waren. Der Vorgang in Pfaffenhofen hat gezeigt, dass wir uns auch bei allen Behördenmitarbeiterinnen und -mitarbeitern bedanken müssen und dürfen, die an sensiblen Schnittstellen mit Bürgern arbeiten. Das heißt, wir dürfen uns auch bei dieser Mitarbeiterin des Jugendamtes bedanken, die für uns Gesetze vollzieht, den Eltern unangenehme Dinge mitteilen muss und, wie in diesem Fall, fast im wahrsten Sinne des Wortes ihren Kopf hinhalten musste. Wir haben noch andere sensible Schnittstellen, zum Beispiel den Arbeitsbereich der Gerichtsvollzieher oder die Gesundheitsämter, wo die Mitarbeiter unsere Vorschriften und Gesetze vollziehen. Deshalb sage ich an dieser Stelle auch ihnen allen ein Dankeschön.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Das Leben eines Menschen zu retten, wie in diesem Fall in Pfaffenhofen, ihn der Gewalt einer anderen Person zu entreißen und gleichzeitig den Täter am Leben zu lassen, ist eine unbeschreiblich schwierige, höchst anstrengende Einsatzsituation für die Polizei. In diesem Fall ist die Aktion gelungen. Wir kennen aber auch Fälle, wo es nicht gelungen ist. Die CSU nimmt dies nun zum Anlass, auf dieses neue Handwerkszeug hinzuweisen, den Taser.

Wir FREIEN WÄHLER sind der Meinung, dass die Polizei, die sich täglich für uns alle in Gefahr bringt, nicht nur mental in der Ausbildung entsprechend gerüstet werden muss, sondern auch das entsprechende Handwerkszeug haben muss. Heute sind das nach der Ausbildung die gesamte digitale Ausstattung, die Dienstkleidung, die Autos und natürlich auch die neue Technik der Taser.

Wir vermissen bei Ihrem Berichts Antrag, dass Sie den Bericht einfordern, der uns für Ende 2016 angekündigt war. Wir FREIEN WÄHLER begrüßen dieses weitere Pilotpro-

jekt. Kollege Ländner, es ist richtig, dass Sie das parlamentarisch begleiten wollen. Ich möchte in diesem Zusammenhang aber daran erinnern, dass zunächst Prof. Dr. Gantzer und dann ich am 10.08.2016 eine Anfrage zum Einsatz der Taser-Waffen gestellt haben. Am 30.11.2016 – es jährt sich also gerade – bekam ich eine Antwort. Darin hieß es:

Derzeit prüft eine Arbeitsgruppe ... unter Federführung des Polizeipräsidioms Oberpfalz die Möglichkeiten und Grenzen von Elektroimpulsgeräten für die Bayerische Polizei.

Erste Zwischenergebnisse ... zeigen, dass beim Einsatz gegen Täter mit Schusswaffe bzw. Stich-/Schnittwaffe und Tätern ohne Waffe stark differenziert werden muss. ... Abschließende Aussagen können hierzu ... noch nicht getroffen werden ...

Dann wird ein Bericht für das Jahresende 2016 versprochen.

Wir haben den Bericht gesucht, haben ihn aber nicht gefunden. Wir meinen, Sie liefern ihn, bzw. wir helfen nach und werden einen eigenen Berichts Antrag stellen, damit wir diesen Bericht, der uns eigentlich seit einem Jahr versprochen ist, auch erhalten.

Wie gesagt: Natürlich sind auch wir FREIEN WÄHLER der Meinung, dass die Polizei mit allen Mitteln für den Eigenschutz und für den Schutz der Bevölkerung ausgestattet werden muss und diese Waffe eine sehr sinnvolle Möglichkeit ist. Wir würden aber gerne die ersten Zwischenergebnisse erfahren, um dann die Ausweitung dieser Waffen weiterhin zu begleiten, wie Sie es wünschen. Dem werden wir uns nicht verschließen.

Wir stimmen also Ihrem sinnvollen Antrag zu. Wir begrüßen auch ausdrücklich ein weiteres Pilotprojekt, wie es jetzt versprochen wird. Wir vermissen aber den Bericht zu den bisherigen Erfahrungen. Das ist vielleicht untergegangen, was wir nicht ganz verstehen.

Wir bedanken uns noch einmal ausdrücklich bei der Polizei und den Mitarbeitern der anderen Behörden, und wir wünschen vor allem der betroffenen Mitarbeiterin alles, alles Gute.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herzlichen Dank. – Nächste Rednerin ist die Kollegin Schulze.

Katharina Schulze (GRÜNE): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte als Allererstes den Polizistinnen und Polizisten, dem Krisenstab und den Rettungskräften Danke dafür sagen, dass sie so umsichtig und erfolgreich bei der Geiselfreiung im Landratsamt Pfaffenhofen vorgegangen sind. Dieser Einsatz hat erneut gezeigt, dass unsere Polizei auch schwere Lagen gut bewältigen kann. Dafür vielen Dank!

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Ich möchte auch der Frau die besten Wünsche aussprechen, die über fünf Stunden als Geisel im Landratsamt festgehalten wurde. Zum Glück wurde sie nur leicht verletzt. Ich will mir gar nicht vorstellen, was so etwas psychisch mit einem macht. Ich hoffe wirklich von ganzem Herzen, dass sie gut und schnell über dieses schreckliche Ereignis hinwegkommt.

Die CSU hat gesagt, nun soll der Taser auch auf die USK-Einheiten ausgeweitet werden. Nun gibt es hier einen Antrag, dass es dazu einen Bericht geben soll, damit wir das im Landtag begleiten können. Wir GRÜNE finden das gut und werden das auch unterstützen. Ich kündige aber gleich an, dass wir diesen Bericht natürlich sehr kritisch begleiten werden.

Ich habe sehr viele Fragen. Die erste ist die: Braucht das USK überhaupt den Taser? Ich bin viel in Kontakt mit USK-Beamtinnen und -Beamten, hauptsächlich Beamten. Aus den Gesprächen habe ich herausgehört, dass es ihnen vor allem wichtig ist, einen

weiteren Einsatzzug zu bekommen, weil ihre Aufgaben immer mehr werden und weil der Überstundenberg sehr hoch ist. Sie haben nicht mehr genug Zeit für die wichtige Aus- und vor allem Weiter- und Fortbildung und für das Training. Ich frage mich: Braucht diese Gruppe den Taser? Ist das das Hauptthema, wie wir sie entlasten und ihnen helfen können? Oder bräuchten sie vielleicht etwas anderes?

Die zweite Frage, die ich mir stelle: Gibt es denn genug Kapazitäten, die Leute im Umgang mit dem Taser zu trainieren? Bei den USK soll der Fortbildungsanteil bei knapp 30 % der Arbeitszeit liegen. Das USK hat in letzter Zeit immer mehr Aufgaben und auch immer mehr an Ausrüstung bekommen. Sie mussten den Umgang mit dem Kettenhemd üben, sie müssen jetzt hoch komplexe Anti-Terror-Trainings absolvieren. Jetzt wollen wir dem USK noch weiteres Training mit dem Taser aufbürden? – Es ist wichtig, dass damit trainiert wird; denn das ist eine gefährliche Schockwaffe. Aus innenpolitischer Sicht muss ich fragen, ob das zielführend ist oder man besser dafür sorgen sollte, dass erst einmal das Grundtraining eingehalten werden kann, bevor wir dem USK noch weitere Aufgaben aufbürden.

Der Taser ist eine gefährliche Schockwaffe: zum einen für den oder die, auf den oder die der Taser gerichtet wird. Sie kennen wahrscheinlich alle die Studie von Amnesty International zu den vielen Todesfällen. Der Taser ist aber auch für die Polizistinnen und Polizisten, die ihn anwenden, gefährlich, weil er manchmal keine Wirkung zeigen kann. Ich habe gelesen, dass zwischen 2011 und 2015 in 33 Einsätzen von Spezialkräften in Rheinland-Pfalz der Taser sieben Mal nicht funktioniert hat. Das ist jedes fünfte Mal. Aus innenpolitischer Sicht kann ich Ihren Punkt, Herr Ländner, nicht nachvollziehen, dass der Taser der Lückenschluss zwischen Pfefferspray und Schusswaffe sei. In einer lebensbedrohlichen Notwehrsituation kann der Taser nicht hergenommen werden, weil die Elektroden vielleicht nicht durch die Kleidung dringen.

Langer Rede kurzer Sinn: Für mich ist das wieder einmal ein typischer CSU-Antrag. Man gibt den Polizistinnen und Polizisten ein neues Instrument in den Instrumentenkoffer und möchte damit zeigen, dass man sich um sie kümmert. Dabei, glaube ich,

muss man sich erst einmal die Gesamtsituation unserer bayerischen Polizei anschauen: Sie haben einen hohen Überstundenberg, sie bekommen immer mehr Aufgaben, und trotzdem performen sie wirklich sehr gut. Eigentlich wäre doch die richtige innenpolitische Antwort darauf, dafür zu sorgen, dass die Polizistinnen und Polizisten ihre Arbeit gut machen können. Das heißt, wir müssen sie ressourcenmäßig ausstatten. Das fängt bei den Gebäuden und den Autos an und geht bis zum WLAN in den Ausbildungseinrichtungen. Ich bin sehr froh darüber, dass die Polizei jetzt neue Uniformen hat, und ich finde, dass die neue Schusswaffe schneller eingeführt werden muss.

Vor allem geht es aber darum zu schauen, wie wir die Polizei personell unterstützen und stärken können, mit mehr Tarifbeschäftigten und mehr Beamtinnen und Beamten, und wie wir die Polizei von unwichtigeren Aufgaben entlasten können. Ich verstehe nicht, warum so etwas wie die Begleitung von Schwertransportern – – Seit ich im Bayerischen Landtag für die Innenpolitik zuständig bin, heißt es, das ist das große Ding, das wird jetzt endlich kommen, dadurch wird unsere Polizei entlastet. Es zieht sich alles so unglaublich lang hin. Um unsere bayerische Polizei zu entlasten, müssten wir erst einmal an anderen Stellschrauben drehen, bevor wir ihr ein weiteres Instrument geben.

Ich bin sehr gespannt, wie wir im Bayerischen Landtag über dieses Pilotprojekt weiter informiert werden. Ich kündige schon jetzt eine sehr kritische Begleitung von unserer Seite an.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächster Redner ist Herr Staatssekretär Eck.

Staatssekretär Gerhard Eck (Innenministerium): Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich denke, ich kann das verhältnismäßig kurz machen. Zunächst bedanke ich mich ganz herzlich für diesen Dringlichkeitsantrag.

Ich bin an dieser Stelle etwas verwundert über Sie, Herr Prof. Dr. Gantzer. Eigentlich diskutieren Sie immer sachorientiert und wirklich treffsicher.

(Prof. Dr. Peter Paul Gantzer (SPD): Jetzt auch!)

Gerade musste ich feststellen, lieber Herr Prof. Dr. Gantzer, dass Sie gesagt haben, Sie verstünden den Antrag nicht, würden ihm aber trotzdem zustimmen. Folglich stimmen Sie etwas zu, was Sie nicht verstehen. Das ist für mich sehr schwierig.

(Horst Arnold (SPD): Rabulistik ist das!)

– Nein, das ist keine Rabulistik.

Ich will mich dem allgemeinen Dank anschließen, damit es nicht heißt, die CSU oder die Staatsregierung – wer auch immer hier am Mikrofon redet – würde sich nicht bedanken. Wir tun das immer. Ich will an dieser Stelle aber ergänzen: Ich würde mich sehr darüber freuen, dass dann, wenn bei einem Personalkörper mit fast 42.000 Personen irgendwo auch einmal kritische Dinge festgestellt werden müssen, einem nicht sofort in den Rücken gefallen wird, sondern dass dann auch Zeit eingeräumt wird, um erst einmal zu prüfen, was in dieser Angelegenheit Sache ist, um es bewerten zu können. Erst dann kann man urteilen. Das vermisse ich ab und zu. Da wird dann sofort mit dem Finger gezeigt.

Wir danken unseren Polizistinnen und Polizisten. Wir sind das sicherste Land in der Bundesrepublik Deutschland. Das fällt nicht vom Himmel. Das liegt an der leidenschaftlichen Arbeit unserer Kolleginnen und Kollegen. Herzlichen Dank an dieser Stelle!

(Beifall bei der CSU)

Liebe Frau Kollegin von den GRÜNEN, was in Rheinland-Pfalz ist und wo Sie es gelesen haben, weiß ich nicht; das können Sie selber beurteilen. Sie haben von Fehleinsätzen mit Tasern geredet. Wir hatten 40 Einsätze, davon waren 30 absolut positiv. Bei

10 kann man das bewerten, wie man will: War es negativ? Haben sie funktioniert oder nicht? Sie waren auf jeden Fall nicht zum Nachteil. Die Bilanz ist also durchaus ausgezeichnet, wenn man das so sagen will.

Zu dem Berichtsantrag: Ich bedanke mich ganz herzlich dafür, dass erstmals hier im Bayerischen Landtag ein solcher Berichtsantrag gestellt wird.

(Prof. Dr. Peter Paul Gantzer (SPD): Nein! Letztes Jahr schon!)

– Ich lese es Ihnen vor. Auf eine Schriftliche Anfrage von Frau Kollegin Gottstein vom 10.08.2016 wurde geantwortet:

Derzeit prüft eine Arbeitsgruppe (AG) unter Federführung des Polizeipräsidiums Oberpfalz die Möglichkeiten und Grenzen von Elektroimpulsgeräten für die Bayerische Polizei.

Erste Zwischenergebnisse der AG zeigen, dass beim Einsatz von Elektroimpulsgeräten gegen Täter mit Schusswaffe bzw. Stich-/Schnittwaffe und Tätern ohne Waffe stark differenziert werden muss.

Deshalb gibt es die Prüfungsphase.

Hieraus ergeben sich in der praktischen Anwendung eine Reihe zu berücksichtigender Handlungsalternativen. Abschließende Aussagen können hierzu jedoch noch nicht getroffen werden, da die AG ihre Arbeit noch nicht abgeschlossen hat.

Der Abschlussbericht

– jetzt sind wir beim Punkt –

der Arbeitsgruppe soll dem Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr (StMI) zum Jahresende 2016 vorgelegt werden.

Nicht dem Bayerischen Landtag, liebe Kolleginnen und Kollegen! Dies ist letztendlich passiert. Jetzt ist erstmals hier in diesem Hohen Hause ein Berichts Antrag gefordert worden; dem kommen wir selbstverständlich nach.

Meine Damen und Herren, einen weiteren Punkt möchte ich noch zurechtrücken. Dieses Zusatzgerät soll nicht für Entlastung unserer bayerischen Polizei sorgen. Wenn wir das könnten, wäre es toll. Es soll für mehr Sicherheit sorgen. Dieses Einsatzgerät wird an 13 USK-Züge verteilt. Auch die E-Züge Aschaffenburg, Straubing, Regensburg und Kempten bekommen es, also nicht nur die USK.

Der Pilotversuch wurde erweitert – das ist bereits seit 2006 im Probetrieb –, um in dieser Pilotphase ein taktisches Konzept und Schulungskonzepte auszuarbeiten. Dafür brauchen wir die entsprechende Zeit. Danach ist eine Evaluation geplant, damit man den Einsatz letztlich bewerten kann.

Außerdem ist auch noch in aller Deutlichkeit anzusprechen, dass der Taser-Einsatz nicht für jeden Beamten sinnvoll ist. Das sollen Gruppen mit mehreren Kolleginnen und Kollegen sein, weil der Stromzyklus nicht bei jedem Betroffenen gleichmäßig wirkt und auch abbrechen kann. Deshalb sollte der Zugriff sofort nach dem Gebrauch erfolgen.

Sie sehen, es gibt noch eine Menge Dinge, die geprobt und getestet werden müssen und über die auch berichtet werden muss. In diesem Sinne danke ich trotzdem ganz herzlich. Die Diskussion zeigt uns, dass das Hohe Haus insgesamt diesem neuen zusätzlichen Gerät vielleicht auch lückenlos zustimmt. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit

(Beifall bei der CSU – Katharina Schulze (GRÜNE): Dem Bericht stimmen wir zu!)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen jetzt zur Abstimmung.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der CSU auf Drucksache 17/18864 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER und der GRÜNEN, Kollege Muthmann (fraktionslos) und Kollege Felbinger (fraktionslos). Gibt es Gegenstimmen? – Keine Gegenstimme. Stimmenthaltungen? – Keine Stimmenthaltung.

(Zuruf von den GRÜNEN)

– Eine Stimmenthaltung bei den GRÜNEN.

(Ingrid Heckner (CSU): Der muss sich erst noch dran gewöhnen!)

– Geben wir ihm die Zeit, das ist heute seine erste Sitzung.

(Allgemeine Heiterkeit)

Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.

Bevor ich den nächsten Tagesordnungspunkt aufrufe, gebe ich das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Schulze, Hartmann, Stümpfig und anderer und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) betreffend "Pariser Klimaabkommen umsetzen: Kohleausstieg zügig einleiten", Drucksache 17/18863, bekannt. Mit Ja haben 57 Abgeordnete gestimmt, mit Nein haben 76 Abgeordnete gestimmt. Stimmenthaltungen gab es keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 7)